

Die Zukunft der Bodentruppen unter dem Eindruck des Krieges in der Ukraine

Autor(en): **Thomann, Irène**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **188 (2022)**

Heft 5

PDF erstellt am: **04.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-981412>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die Zukunft der Bodentruppen unter dem Eindruck des Krieges in der Ukraine

Stimmt der Bericht «Zukunft der Bodentruppen» noch, wenn man sich über die Anforderungen der bewaffneten Neutralität angesichts moderner Kriegsförmen Rechenschaft ablegt? Dieser Frage ging ein gemischtes Doppel von Höheren Stabs-offizieren und Nationalräten bei der KOG Zürich nach.

Irène Thomann

Die Aktualität hat die KOG Zürich eingeholt. Noch in der Einladung zur Mitgliederversammlung, die für den Januar vorgesehen war und auf den 2. April verschoben werden musste, wies ein Zitat aus dem Grundlagenpapier über die Weiterentwicklung der Bodentruppen darauf hin, dass eine Analyse, wie künftige Konflikte geführt

werden könnten, Ausgangspunkt für sämtliche Diskussionen sein müsse. Der Krieg in der Ukraine gibt nun einige Antworten darauf.

Drei Erkenntnisse listete der Moderator Oberst Georg Häsler, NZZ-Redaktor Bundeshaus und Sicherheitspolitik, einleitend auf. Erstens habe der Staatsauftrag, der Schutz von Land und Leuten, einen neuen Stellenwert erhalten. Zweitens gebe es hier dank dem Milizsystem eine Mitverantwortung von Bürgern und Bürgerinnen. Und drittens komme der Vorbereitung eine grosse Bedeutung zu.

Koordination von Armee und Politik

Um sich geschart hatte Häsler auf der einen Seite zwei eidgenössische Parlamentarier, die Nationalräte Mauro Tuena (SVP/ZH), Präsident der Sicherheitspolitischen Kommission, sowie Philipp Kutter (Mitte/ZH), Stadtpräsident von Wädenswil. Sie reprä-

sentieren die politisch-strategische Ebene. Auf der militärisch-operativen Seite gruppierten sich die beiden Divisionäre Willy Brülisauer, Kdt der Ter Div 4, und René Wellinger, Kdt Heer. Namens vieler verunsicherter Bürger stellte Häsler dem Quartett die Frage, ob die Armee für den Verteidigungseinsatz bereit wäre. Nach einer generell positiven Einschätzung steuerte Tuena auf ein zentrales Problem hin, das fehlende Personal. Bis die in Bearbeitung stehenden Dienstpflichtmodelle umsetzbare Resultate lieferten, dauere es viel zu lang. Hier gelte es, die «Gunst» der Stunde zu nutzen, beispielsweise mit einer Revision der entsprechenden Artikel im Militärgesetz.

Wellinger bestätigte, dass die Stäbe und Bataillonskommandanten die Sache im Griff hätten. Aber die Ausrüstung der Armee sei unzureichend, geschuldet der Friedensdividende. Wesentlicher noch als das Material sei allerdings die Ausbildung. Aber: «Die Schweiz einzunehmen, wäre schwierig.» Für

VON MARC LÜTHI ZU THOMAS G. ALBERT

Nach vier intensiven Jahren als Präsident reichte Oberstlt i Gst Marc Lüthi das präsidentiale Zepter der KOG Zürich an Major Thomas G. Albert weiter. Einen Höhepunkt der Verbandstätigkeit bildete die Abstimmung zur Beschaffung eines neuen Kampfflugzeuges vom 27. September 2020. Die KOG Zürich zeichnete sich dabei gemeinsam mit der KOG Thurgau durch einen besonderen finanziellen und personellen Einsatz aus. Dazu passt Thomas G. Alberts Forderung, Parlament und Bundesrat müssten den Kauf des F-35A so rasch wie möglich abschliessen – ohne falsche Rücksicht auf die Verzögerungstaktik der Armeegeegner.

Hier hakte Nationalrat Mauro Tuena, Präsident der sicherheitspolitischen Kommission (SiK), ein. Die Aussichten stünden gut, dass eine Mehrheit des Parlaments die Armeebotschaft um den Zusatz ergänzen werde, welcher den Bundesrat ermächtigt, den nur noch bis im März 2023 gültigen Vertrag gleich nach Abschluss der parlamentarischen Debatte zu unterzeichnen. «Die Abstimmung über eine noch nicht einmal eingereichte Initiative muss nicht abgewartet werden.» Der Ständerat sollte das Geschäft im Sommer behandeln, der Nationalrat in der folgenden Herbstsession. Somit wäre die Schlussabstimmung am 30. September 2022 möglich. Positive Zeichen gibt es aus den SiK beider Räte auch für die Erhöhung der Militärausgaben auf ein Prozent des BIP bis 2030.



Oberstlt i Gst Marc Lüthi (links) hat das Präsidium der KOG Zürich an Major Thomas G. Albert übergeben. Bild: KOG ZH

Ein flammendes Plädoyer zugunsten der Armee legte der Zürcher Sicherheitsdirektor Mario Fehr (parteilos) ab. Fünf der sieben Regierungsräte stünden hinter der Armee, versicherte er. Der Krieg in der Ukraine bringe einen Paradigmenwechsel in die schweizerische Sicherheitspolitik. Eindringlich appellierte er an die Offiziere, den linken Armeegegnern nicht die Wortführerschaft zu überlassen. «Die KOG muss die Speerspitze übernehmen, zum Angriff übergehen!» Auch er werde hartnäckig beim VBS vorstellig werden. Der kräftige Applaus zeigte es: Hier hatte Mario Fehr ein Heimspiel.

Brülisauer steht es nicht schlecht um die Grundbereitschaft der Armee. Die Infanteriebataillone seien ausbildungsmässig nicht dort, wo sie sein sollten. Zu viele artfremde subsidiäre Einsätze in den letzten Jahren hätten abgelenkt. Material gibt es für die Hälfte der Bataillone. Für die Ausbildung reicht das, für den Einsatz nicht. «Auch hier, die grössten Sorgen bereiten die Bestände. Kommen bloss 50 Prozent in den WK, ist

«Die Verteidigung von Werten wie Freiheit, Unabhängigkeit und Menschenrechte müssen mit der Bevölkerung diskutiert werden.»

kein echtes Training möglich.» Seit 2009 haben sich 60 000 gesunde junge Männer für den Zivildienst entschieden.

Nationalrat Kuster erkannte, dass die Rückkehr des Krieges nach Europa die Augen geöffnet habe. «Die Stellung der Schweiz innerhalb des europäischen Sicherheitsverbunds wird zum Thema.» Die Verteidigung von Werten wie Freiheit, Unabhängigkeit und Menschenrechte müsse mit der Bevölkerung diskutiert werden mit dem Ziel, eine gemeinsame Basis zu finden. Wird Völkerrecht verletzt, sollte die Schweiz keine Kompromisse kennen, sondern sich in jeder Form engagieren.

Die Grundlagenstudie «Zukunft der Bodentruppen» sei ebenso aktuell wie das Reglement «Streitkräfte Ost», stellte Wellinger fest. Wesentlich sei die Synchronisation Boden-Luft. «Wirksam, weil schmerzhaft, ist es, die Logistik des Gegners zu unterbrechen.» Beides steche im Krieg in der Ukraine ins Auge. Gefährlich werde es, wenn es gelänge, einen Teil der Streitkräfte in einem Kessel einzuschliessen. Diese Absicht verfolgten die russischen Truppen im Donezk und Luhansk. Aber ihre Panzer seien auf Strassen angewiesen, was sie verletzlich mache. Beim Kampf im überbauten Gelände geniesse der Verteidiger dank seiner Ortskenntnisse einen Vorteil, wie Brülisauer ergänzte.

Nationalrat Kuster stellte allgemein eine gute Verankerung der Armee in der Bevölkerung fest: «Jetzt ist ihr Wert spürbar ge-

stiegen.» Analysen und Grundlagenpapiere taugten, das gelte auch für das Cyber-Konzept. Die Umsetzung brauche Mittel und Zeit. Als Präsident der sicherheitspolitischen Kommission plädiert Tuena dafür, den Fachleuten zu vertrauen. Das Material der Armee sei in manchen Bereichen veraltet oder es funktioniere nicht.

Breite Fähigkeitspalette des Bündnisfreien

Anders als Länder, die auf Bündnisse vertrauen, muss die Schweiz ein funktionsfähiges Gesamtsystem erhalten. Dazu gehört auch die elektronische Vernetzung der Mittel von Boden und Luft. «Stimmt die Armeorganisation noch?», wollte Häsler wissen. Die Infanteriebataillone lernten sehr wohl zu kämpfen, auch wenn sie einer Territorialdivision unterstellt seien, meinte Brülisauer. Übungen mit den Kameraden der mechanisierten Brigaden seien jederzeit willkommen. Wellinger erinnerte an die seinerzeit verkündete Vorwarnzeit von zehn Jahren. Die Losung laute jetzt fähigkeitsorientiertes Denken. «Die Bodentruppen sind stärker auf Einsätze im überbauten Gelände in einem hybriden Konfliktumfeld auszurichten. In der Schweiz gibt es nur noch den Kampf im überbauten Gebiet, das heisst von Ortskampf zu Ortskampf.»

Nationalrat Tuena forderte die Armeevertreter dazu auf, die Politiker an den Verfassungsauftrag zu erinnern. Der Historiker Kuster blendete zurück auf 1989, als man glaubte, es werde keinen Krieg mehr in Europa geben. Die Armee wurde sukzessive reduziert. «Jetzt muss sie sich auf alle Eventualitäten ausrichten.» Bezogen auf den Bericht über die «Zukunft der Bodentruppen» dränge sich die Option drei auf, das heisst «Konzentration auf die Abwehr und Bewältigung hybrider Bedrohung bei gleichzeitiger Erhöhung der Durchhaltefähigkeit», letzteres auch im Hinblick auf einen länger andauernden Schutz der Infrastrukturen. «Ohne Aufstockung des Bestandes auf 120 000 Armeeangehörige geht das nicht.» ■



Hptm a D Irène Thomann
Journalistin
ehem. Generalsekretärin SOG
8400 Winterthur



AUS DEM BUNDESHAUS

Dr. Fritz Kälin
8840 Einsiedeln

Die Sicherheitspolitische Kommission des Nationalrates (SiK-N) tagte am 21./22. März und reichte als Konsequenz aus dem aktuellen Ukraine-Krieg die Motion «Schrittweise Erhöhung der Armeeausgaben» 22.3367 ein. Diese beantragt eine schrittweise Erhöhung der Armeeausgaben ab 2023 auf mindestens ein Prozent des Bruttoinlandsprodukts bis spätestens 2030. Das Armeebudget stiege so auf rund sieben Milliarden Franken. Die ständerätliche Schwesterkommission (SiK-S) reichte an ihrer Sitzung vom 31. März/1. April eine wortgleiche Motion ein. Beide SiK wollen damit finanziellen Spielraum schaffen, um den Investitionsstau bei der Armee rascher abtragen zu können. Sogar die Kommissionsminderheiten stellen angesichts der sicherheitspolitischen Lageentwicklung einen höheren Finanzierungsbedarf nicht grundsätzlich in Frage, wollen aber zuerst den Zusatzbericht zum Sicherheitspolitischen Bericht 2021 von Ende Jahr abwarten.

Die SiK-N hält in der Cyber-Abwehr die Trennung zwischen zivil und militärisch für nicht mehr zeitgemäss. Mit einem Postulat (22.3368) will sie vom Bundesrat einen Bericht, wie der Subsidiaritätsbegriff im VBS neu geprüft wird und insbesondere im Cyber-Bereich anzuwenden ist. Abgelehnt wurde ein Antrag auf eine Kommissionsmotion zur vollständigen Ausrüstung der AdA mit Schutzwesten, weil dieses Anliegen im Armeebudget eingebracht werden könne.

Die SiK-S führte Anhörungen zur Armeebotschaft (22.005) durch. Die Detailberatung wird sie am 3. Mai fortführen, hält es aber für wichtig, dass der Ständerat die Botschaft bereits in der Sommersession berät. Die SiK-S hat beim VBS Auskünfte bezüglich den Konsequenzen einer Ausserdienststellung der F-5 sowie zum konkreten Nachholbedarf bei der Ausrüstung der Armee eingefordert.